

Theorie und Grundwerte

Zur politischen Kultur in der Demokratie

„Diese Ausarbeitung der Grundwertekommission wird wenige Wochen nach dem Tode Carlo Schmid der Öffentlichkeit übergeben. Wenn es einen Politiker in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat, dessen ganzes Wirken der Versöhnung von Kultur und Politik in einer politischen Kultur gegolten hat, dann war dies Carlo Schmid. Daher möchte die Grundwertekommission dieses Papier dem Andenken Carlo Schmid widmen.“

„In Deutschland gibt es eine Tradition, die den Begriff der Kultur um ihre gesellschaftliche und politische Dimension verkürzt und auf das individuell und privat anzueignende Wahre, Gute und Schöne in Kunst und Wissenschaft verengt: Kultur wird zum Besitz, zur Zuflucht weniger, die meinen, sich elitär von den gesellschaftlichen und politischen Bezügen distanzieren zu können.“

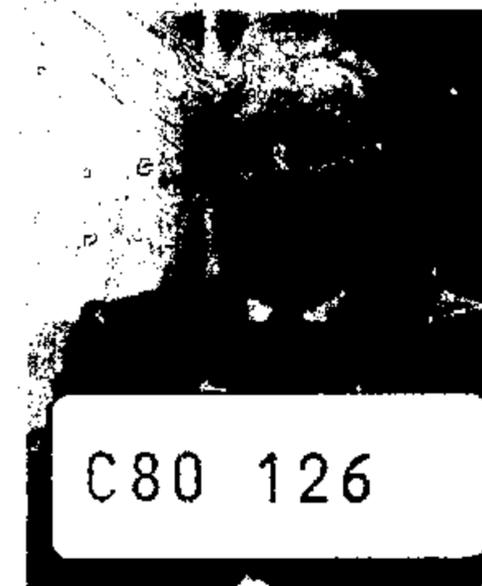
„Die Demokratie kann keine Kultur akzeptieren, in der die einen für die Arbeit geboren sind, die anderen für die Pflege des Schönen.“

„Viele Bürger verlassen sich allzu rasch auf die Hilfe des Staates, auch da, wo sie selber diese Hilfe in Nachbarschaften und kleinen Gruppen wirksamer erbringen könnten. Andererseits gibt es massive Hindernisse für eine wirksame Selbsthilfe der Bürger.“

„An die Stelle der unbefangenen Erörterung alternativer Möglichkeiten aufgrund sichtbar zu machender Wertentscheidungen tritt allzu häufig das scheinbar wertfreie Expertengespräch über das vermeintlich einzig Mögliche und Gebotene. Selbst für den engagierten Bürger wird so kaum mehr erfahrbar, daß Politik der Vollzug von Bürgerinteressen, die Entscheidung über Alternativen ist.“

„Politische Kultur in der Demokratie kann sich nicht entfalten, wo der Zweck der Machterhaltung oder Machtgewinnung jedes Mittel heiligt. Demokratie geht davon aus, daß es Mittel gibt, die jeden Zweck enthellen.“

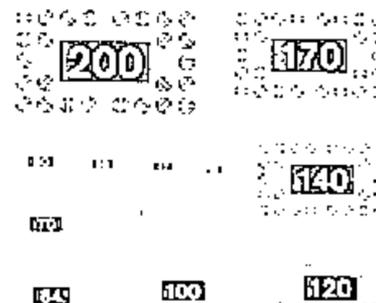
„Eine substanzlose Polarisierung zeigt sich in der Tendenz, den innenpolitischen Gegner als unzuverlässig in der Vertretung der nationalen Interessen oder in der Wahrung der inneren Sicherheit gegen Feinde der Demokratie zu diffamieren oder ihn der Friedensgefährdung zu bezichtigen.“



„Wenn die Vorzüge einer offenen Gesellschaft ihren Mitgliedern nicht bewußt sind und bleiben, kann keine Macht der Welt eine solche Gesellschaft am Leben erhalten. Wenn die Fähigkeit verkümmert, auf dieser Basis konkurrierende Interessen und Überzeugungen als legitim anzuerkennen und als Herausforderung der eigenen Überzeugung zu begreifen, dann erlischt die Chance, eine gegebene Situation gemeinsam zu überprüfen und den bestmöglichen Weg zu ihrer Verbesserung zu finden und zu gehen.“

„Nur wenn die Parteien durch ihr eigenes Verhalten dem Bürger die Gewißheit geben, daß seine Kritik gefragt und daß auch sein unbequemes Engagement erwünscht ist, werden sie einer Unterstützung auf Dauer sicher sein können. Und nur wenn im Umgang der Parteien miteinander ein Mindestmaß an Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft erkennbar bleibt, wird der Bürger den politischen Prozeß mit jener Anteilnahme verfolgen, die allein das offene Gespräch erzeugt.“

„Es ist das Recht des Bürgers, sich nicht nur an Programme zu halten, sondern auch an die Personen, die diese Programme verkörpern sollen. Die meisten Bürger suchen keine Übermenschen, sondern Menschen, die nicht mehr aus sich machen, als sie sind. Zu einer politischen Kultur gehören Mandatsträger, die den Bürger glaubwürdig erscheinen, weil sie auch im politischen Betriebe ihre menschliche Identität bewahren können.“



Theorie und Grundwerte

Zur politischen Kultur in der Demokratie

Ein Diskussionspapier der
Kommission Grundwerte beim
SPD-Parteivorstand

Januar 1980

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Politische Kultur in der Demokratie

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Worum es geht	4
Kultur und Demokratie	7
Ursachen von Defiziten	8
1. Mangelnde demokratische Tradition	8
2. Staatsgläubigkeit	9
3. Falsche Professionalisierung – Sachzwangideologie	10
4. Politische Macht und politische Kultur	11
5. Fremdbestimmung und Streß in der Arbeitswelt	13
6. Falsche Polarisierung	14
7. Mangelnde Klarheit über bestehende Alternativen	15
8. Mangelnde Attraktivität der Partei- und Gewerkschaftsarbeit	15
9. Der überforderte Politiker	16
Politische Kultur in der Demokratie	18
1. Demokratische Partizipation	19
2. Konsens und Konflikt	23
3. Mut zum Zukunftsentwurf und Fähigkeit zum Realismus	25
Was muß sich ändern?	28
1. Bei uns selbst	28
2. Insgesamt	29
Ziel und Weg	35
Mitglieder der Kommission Grundwerte	36



C80 126

VORWORT

Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD hat in ihrer ersten Veröffentlichung versucht, die Gefahren und Chancen zu bestimmen, die sich in diesen Jahren des Umbruchs für eine Politik ergeben, die auf die Verwirklichung der Grundwerte des Godesberger Programms gerichtet ist („Grundwerte in einer gefährdeten Welt“, 1977). Sie hat dann versucht, klärend in eine Diskussion einzugreifen, in der der Begriff der Grundwerte sich immer mehr verwischte und so auch zum Instrument einer Politik zu werden drohte, die aus dem Angebot des Grundgesetzes ein starres Ordnungsgefüge machen wollte („Grundwerte und Grundrechte“, 1979). Sie legt jetzt ein Papier vor, das den Defiziten und Chancen einer politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland nachgeht und vor allem die Aufgaben deutlich macht, die daraus für eine an den Grundwerten des Godesberger Programms orientierte Politik entstehen.

Politik und Kultur sind in der deutschen Tradition allzuhäufig als Gegensätze verstanden worden: Hier die Pflege des Wahren, Schönen und Guten durch eine Bildungsschicht, dort das schmutzige Geschäft der Politik.

Die Tradition unserer westlichen Nachbarn sah dagegen Kultur als Gesamtheit aller Lebensäußerungen einer Gesellschaft. Zu diesen Lebensäußerungen gehört auch das politische Leben.

Die Grundwertekommission ist sich bewußt, daß sie keine umfassende Darstellung der Probleme geben konnte, die mit dem Begriff „politische Kultur“ verbunden sind. Sie hofft, daß andere, auch andere Parteien, sich durch diese Schrift zu weiterführenden Überlegungen angeregt fühlen.

Die Grundwertekommission hielt es für ein Gebot politischer Kultur, die Einzelformulierungen einer solchen Schrift nicht durch Mehrheitsabstimmungen in der Kommission, sondern durch beharrliche Suche nach Konsens festzulegen. Dies schließt nicht aus, daß jedes einzelne Kommissionsmitglied Stellen finden wird, an denen es selbst eine andere Aussage oder Formulierung für angemessener gehalten hätte.

Diese Ausarbeitung der Grundwertekommission wird wenige Wochen nach dem Tode Carlo Schmid der Öffentlichkeit übergeben. Wenn es einen Politiker in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat, dessen ganzes Wirken der Versöhnung von Kultur und Politik in einer politischen Kultur gegolten hat, dann war dies Carlo Schmid. Daher möchte die Grundwertekommission dieses Papier den Andenken Carlo Schmid widmen.

Bonn, im Januar 1980

Erhard Eppler

Worum es geht

Seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 sind dreißig Jahre vergangen, dreißig Jahre, in denen sich die Demokratie in der Bundesrepublik allen historischen Belastungen aus der Vergangenheit zum Trotz behaupten und stabilisieren konnte. Das Grundgesetz und die demokratischen Institutionen, deren Funktionen und Kompetenzen es regelt, haben sich bewährt. Die Demokratie in der Bundesrepublik erscheint heute gefestigter, als sie es je auf deutschem Boden war.

Dennoch gibt es Signale, die zur Beunruhigung Anlaß geben. Einige davon sind erst in den letzten Jahren deutlicher sichtbar geworden:

– Immer weniger Bürger beteiligen sich aktiv in Parteien und Verbänden, unzureichende Partizipationsmöglichkeiten und enttäuschende Erfahrungen in und mit Führungsgremien entmutigen die Mitglieder. Die wenigen Aktiven sind mit Ämtern und Funktionen überhäuft. Leerlauf, das Überwuchern der Sachdebatten durch Regularien und eine pseudo-wissenschaftliche Sprache schrecken ab.

– Es verstärkt sich der Eindruck, die Parteien taktierten zu häufig im Blick auf die jeweils anstehende Wahl, Parteibeschlüsse und politische Grundsätze gingen in der Tagespolitik unter oder würden schlicht vergessen, politischer Karrierismus gehe oft vor Engagement in der Sache.

– Viele Bürger fühlen sich und ihre In-

teressen durch die politischen Parteien nicht mehr ausreichend vertreten.

– Politik erscheint vielen immer mehr als ein System von Sachzwängen in der Folge von technischen Innovationen, administrativer Routine und Entscheidungen der wirtschaftlich Mächtigen. Indem auch die Parteien Politik häufig als ein System von Sachzwängen präsentieren, bestärken sie beim Bürger das Gefühl der Ohnmacht.

– Enttäuschung und Besorgnis darüber breiten sich aus, daß Politik sich immer mehr darauf verengt, wirtschaftliche Abläufe oder Interessen abzusichern.

– Medien und Parteien neigen mitunter dazu, neue Ideen und Lösungsversuche zu ignorieren oder sie in Außenseiterpositionen abzudrängen.

– Wichtige Aufgaben, die von allen Sachkundigen ähnlich gesehen werden, bleiben oft liegen, weil realistische Lösungsversuche eine Welle der Demagogie auslösen oder weil eine solche Reaktion befürchtet wird.

– Insbesondere junge Menschen vermessen zukunftsweisende Perspektiven und eine Reformpolitik, die Zukunft öffnet und sichert.

– Kontroverse Diskussionen innerhalb der Parteien werden als Störung von Disziplin und Ordnung oder als Ausdruck von

Führungsschwäche denunziert und auf allzu simple Weise personalisiert; kaum je werden sie als Beitrag zu produktivem Ideenwettbewerb verstanden. Dieser Verzerrung wird häufig durch unsachliche innerparteiliche Polemik und persönliche Animositäten Vorschub geleistet.

– Die Art und Weise, wie „Demokratie als Wettbewerb zwischen den Parteien“ praktiziert wird, stößt immer mehr Menschen ab, denn

– die Parteien kommen untereinander kaum je noch in ein für den Bürger nachvollziehbares ernsthaftes und produktives Sachgespräch (die Verjährungsdebatte des Bundestags war eine rühmliche Ausnahme).

– Oft dienen Sachfragen nur noch als Aufhänger und Transportmittel für ideologische Scheingefechte, in denen dem Gegner unterschoben werden soll, er habe den Boden der gemeinsamen demokratischen Grundüberzeugungen verlassen, es gehe um Freiheit oder Unfreiheit, Recht oder Unrecht, Verfassungstreue oder Verfassungsverrat.

– Die Parteien schöpfen zu wenig aus eigener programmatischer und politischer Substanz und bestreiten ihre öffentliche Auseinandersetzung mit Feindbildern vom politischen Gegner, die nach eigenen taktischen Bedürfnissen zurechtgemacht sind.

– Eine Folge ideologischer Schein-

und Schaukämpfe ist es, daß Kompromisse schwieriger werden und Abstimmungsniederlagen nicht mehr demokratisch hingenommen werden. Die allzu häufige Anrufung der Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht gegen demokratisch gefällte Mehrheitsentscheidungen hängt damit zusammen.

– Das Ansehen der Demokratie, ihrer Institutionen und Parteien leidet unter persönlichem Fehlverhalten einzelner Mandats- und Funktionsträger. Klaffen Anspruch und Wirklichkeit bei einzelnen Politikern allzu weit auseinander, so erscheint manchen Bürgern Politik im ganzen als zynischer Mißbrauch ihrer eigenen Vertrauensbereitschaft.

– Die oft schematische und bürokratische (manchmal leichtfertige, manchmal jedoch ideologisch verbohrt) Handhabung des Verfassungsschutzes und die Denunzierung „Radikaler“ schlechthin zu Verfassungsfeinden behindert argumentative Auseinandersetzung. Viele junge Menschen haben Angst davor, sich gesellschaftskritisch zu äußern. Sie verweigern sich der Politik, nicht selten der Gesellschaft.

Andererseits sind wir Zeugen neuer Formen des mitmenschlichen und politischen Engagements:

– Viele Menschen versuchen in ihrem alltäglichen Verhalten, in Ehe, Familie und Beruf an die Stelle autoritärer Lebensfor-

men demokratische, partizipative zu setzen.

– Viele Menschen arbeiten in gemeinwohlorientierten Bürgerinitiativen und in Projektgruppen von Parteien und Verbänden an der Lösung von Problemen mit, von denen sie unmittelbar betroffen sind. Die Zahl der Menschen, die sich in Bürgerinitiativen betätigen, ist in den letzten Jahren beträchtlich gewachsen.

– Ein großer Teil der in solchen Initiativen Tätigen engagiert sich dort mit einem Kraft- und Zeitaufwand, der oft weit über das hinausgeht, was die Parteien vom durchschnittlichen Mitglied gewohnt sind.

Von vielen Bürgern wird dieses Engagement als notwendige Ergänzung ihrer Mitgliedschaft in einer der großen Parteien betrachtet.

– In Gewerkschaften, Kirchen, Akademien und ähnlichen Einrichtungen hat die Diskussion über Fragen der politischen Orientierung an Intensität und Breite zugenommen. Eine wachsende Zahl von Menschen bekundet Sorge im Blick auf politische Zukunftsfragen und Interesse an ihrer Lösung.

– Nicht wenige Bürger versuchen, alternative Möglichkeiten des Zusammenlebens und -arbeitens beispielhaft zu praktizieren oder soziale Aufgaben durch Organisation von Selbsthilfe anzupacken.

– Nicht wenige Bürger orientieren ihr Handeln an der Solidarität mit anderen. Die Zahl derer wächst, die sich für die Not weit jenseits des eigenen Gesichtskreises engagieren, so insbesondere in der Dritten Welt.

Politische Verhaltensweisen und politisches Bewußtsein sind also in einem Wandlungsprozeß begriffen, von dem heute schwer zu sagen ist, wohin er führen wird. Während die einen traditionelle Formen politischer Betätigung kritisieren, um partizipatorische und selbstorganisierte Formen politischer Aktivität ins Spiel zu bringen, ziehen andere aus einer äußerlich ähnlichen Kritik des „politischen Systems“ eher autoritäre und demokratiefeindliche Konsequenzen.

Eine dritte Gruppe lehnt jede Form der politischen Betätigung als nutzlos ab und zieht sich ins Private zurück.

Alle drei Haltungen nehmen vor allem bei der Jugend deutlich zu. Eine apolitische Grundhaltung, aber auch wachsende Anfälligkeit von Jugendlichen für autoritäre und für neonazistische Ideologien könnten auf längere Sicht zu einer Bedrohung der Demokratie werden. Der Verlust an Zukunftssicherheit schlägt sich auch nieder in Zweifeln an der Fähigkeit demokratischer Institutionen, mit den Aufgaben der Zukunft fertig zu werden. Solche Unsicherheit läßt sich von verantwortungslosen Politikern in einer Weise ausbeuten, die Demokratie gefährdet.

Kultur und Demokratie

In Deutschland gibt es eine Tradition, die den Begriff der Kultur um ihre gesellschaftliche und politische Dimension verkürzt und auf das individuell und privat anzueignende Wahre, Gute und Schöne in Kunst und Wissenschaft verengt: Kultur wird zum Besitz, zur Zuflucht weniger, die meinen, sich elitär von den gesellschaftlichen und politischen Bezügen distanzieren zu können.

In der Demokratie müssen dagegen Idee und Wirklichkeit der Kultur in doppelter Hinsicht erweitert werden: Die Demokratie kann keine Kultur akzeptieren, in der die einen für die Arbeit geboren sind, die anderen für die Pflege des Schönen. Außerdem kann Demokratie nur gesichert werden, wenn die wissenschaftliche und ästhetische Kultur auf demokratische Lebensformen bezogen ist.

Nicht zufällig haben die älteren Demokratien einen umfassenderen, im guten und weiten Sinne auch politischen Begriff von Kultur. Dort wird auch nicht hochmütig Kultur in Gegensatz zu Zivilisation gestellt.

Kultur zeigt sich vor allem im Umgang von Menschen mit Menschen und Dingen. Die Formen politischen Lebens sind nämlich auch Ausdruck der Kultur, sie sind niemals jenseits von Kultur. Demokratische politische Kultur meint die freie Teilhabe und Mitwirkung aller, sie meint den Willen eines jeden, die Freiheit des jeweils anderen auch als Garantie der

eigenen Freiheit zu wahren. Sozialdemokraten geht es um eine demokratische politische Kultur. Politische Kultur ist nicht das Ganze der Kultur, wohl aber eine ihrer unverzichtbaren Komponenten.

Der Begriff der politischen Kultur zielt daher nicht auf die Politisierung kultureller Lebensäußerungen oder auf ihre Indienstnahme für politische Zwecke, sondern macht deutlich, daß alle kulturellen Lebensäußerungen politischen Bedingungen unterliegen und ihrerseits auf diese zurückwirken.

Ursachen von Defiziten

I. Mangelnde demokratische Tradition

Herrschaftliche und untertänige Verhaltensweisen haben jahrhundertlang das Leben der meisten Menschen von frühester Kindheit an geprägt. Die tägliche Erfahrung in vielen Elternhäusern, Kirchen und Schulen war in der Vergangenheit eine wirksame Vorbereitung für die Anpassung an autoritäre Herrschaftsordnungen, die die meisten Menschen dann in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft geduldig ertragen lernten.

Der politische Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg konnte in Deutschland nicht an eine längere Tradition funktionierender Demokratie anknüpfen. Zwar gab es seit dem 18. Jahrhundert demokratische Strömungen in Deutschland, sie blieben jedoch lange auf kleine und einflussarme Gruppen beschränkt. Ihre Vertreter wurden selten zu populären Symbolfiguren einer anerkannten Sache, und es entstand keine demokratische Volksbewegung, die von genügend breiten Schichten getragen worden wäre.

Die Revolution von 1848/49 vermochte ihr Ziel – verfassungsmäßig verbrieft Rechte für das Volk in einem geeinten Deutschland – nicht zu erreichen.

Die Gründung des Deutschen Reiches war das Ergebnis der Machtpolitik eines konservativen preußischen Staatsmannes, der drei erfolgreiche Kriege für sie einzusetzen verstand. Die Verfassung des Rei-

ches ging nicht aus einer breiten Diskussion von Volksvertretern hervor, sie entstand als ein von der Staatsspitze konzipierter Akt, als Geschenk der Obrigkeit an die Bürger. Sie festigte obrigkeitliche Machtpositionen, gewährte zwar gewisse demokratische Rechte, schloß aber eine wirksame parlamentarische Kontrolle und Verantwortung der Regierung aus. Die Spaltung der Liberalen, der Kulturkampf und das Sozialistengesetz entfremdeten große und wichtige Bevölkerungsteile dem neugegründeten Reich. Versteht man Nation im Sinne westlicher Traditionen als politische Willensgemeinschaft auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen, so war die Gründung des Reiches verbunden mit der Spaltung der Nation.

Während die Diskriminierung der politisch organisierten Katholiken und der linken Liberalen teilweise überwunden werden konnte, wurden die Sozialdemokraten im wilhelminischen Staat weiter als „Reichsfeinde“ und „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert. Die deutsche Arbeiterbewegung, die angesehenste und zahlenmäßig stärkste der Sozialistischen Internationale, galt im Deutschen Reich nicht als legitimer und notwendiger Bestandteil des Gemeinwesens, sondern als Störer des inneren Friedens. Gehorsam gegenüber Autoritäten war weithin oberste Pflicht und Tugend des Bürgers. Daraus resultierte eine Haltung, die soziale und politische Konflikte von vornherein verurteilte und damit unfähig machte, Konflikte durchzustehen und sie fair zu regeln.

Die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik wurde im Gefolge eines – lange Zeit für unmöglich gehaltenen – militärischen Zusammenbruchs eingeführt. Die Sozialdemokratie übernahm die politische Verantwortung in einer Situation, in der sie mit der Hypothek des verlorenen Krieges belastet wurde. Sie war entschlossen, Zustände zu vermeiden, wie sie nach der Oktoberrevolution in Rußland eingetreten sind, und sie vertraute darauf, daß die alten Machteliten, auf deren Mitarbeit sie angewiesen war, in einer parlamentarischen Demokratie loyal sein würden.

Daß schon wenige Jahre nach der Schaffung der Republik ein Generalfeldmarschall, der aus seiner monarchistischen Gesinnung nie einen Hehl gemacht hatte, Reichspräsident wurde – übrigens nur mit Hilfe der Bayerischen Volkspartei und gegen einen Kandidaten des Zentrums –, daß bei einem Referendum eine Mehrheit gegen die Enteignung der deutschen Fürsten entschied, daß in der Endphase der Republik die Stärke der antidemokratischen Parteien rechts und links eine parlamentarische Mehrheitsbildung unmöglich machte, daß damit das Parlament faktisch ausgeschaltet war, illustriert die verhängnisvolle Rolle obrigkeitsstaatlichen und anti-republikanischen Denkens.

Gleichgültigkeit, Verachtung und Feindschaft gegenüber der parlamentarischen Demokratie auf Seiten der Reichswehr, der hohen Bürokratie, der Richter-

schaft und weiter Kreise des Bürgertums, aber auch auf Seiten der extremen Linken, bildeten den Hintergrund, auf dem sich die nationalsozialistische Bewegung entwickeln konnte. Der Untergang der Weimarer Republik bedeutete für deutsche Demokraten eine schwere Erschütterung ihres eigenen Selbstbewußtseins, zugleich gab er einen entscheidenden und bis heute anhaltenden Impuls, aus den Fehlern von Weimar zu lernen.

2. Staatsgläubigkeit

Immer noch betrachtet ein Teil der Bürger Politik als Staatsangelegenheit, bei der sie selbst nur als Betroffene, kaum je als selbständig und selbstverantwortlich Handelnde vorkommen. Dieser passiven Haltung vieler Bürger zur Politik entspricht die Neigung vieler Politiker und Verwaltungen, sich und ihresgleichen als allein zuständig für politische Fragen zu fühlen.

Sicher wirkt hier obrigkeitsstaatliches Denken früherer Epochen nach. Aber auch eine im Prinzip richtige staatliche Sozialpolitik kann ambivalent wirken, wenn sie nicht nur Sicherheit und Freiheitsspielräume schafft, sondern auch zu immer komplizierteren Gesetzesregelungen führt und Eigeninitiativen der Bürger lähmt.

Viele Bürger verlassen sich allzu rasch auf die Hilfe des Staates, auch da, wo sie selber diese Hilfe in Nachbarschaften und kleinen Gruppen wirksamer erbringen

könnten. Andererseits gibt es jedoch massive Hindernisse für eine wirksame Selbsthilfe der Bürger. Viele Bereiche des Lebens sind durch perfektionistische Gesetzgebung so unübersichtlich geworden, daß der Bürger sich vielfach nur noch mit Hilfe professioneller Berater zurechtfindet. Es bleibt Aufgabe, durch vorbeugende und strukturgestaltende Eingriffe des Gesetzgebers „die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern“, wie es der Orientierungsrahmen '85 der SPD fordert.

Heute aber macht sich – zugleich Ursache und Folge mangelnden Willens zu selbstverantwortlichen Lösungen – weithin auch eine Subventionsmentalität breit, die aus Gründen der Gleichbehandlung ganz zwangsläufig umfangreiche staatliche Regelungen nach sich zieht. Wenn aber einmal gewährte Sozialleistungen nicht von Zeit zu Zeit daraufhin überprüft werden, ob sie noch ihren ursprünglichen Zweck erfüllen, und wenn sie nicht gegebenenfalls umgelenkt oder abgebaut werden, so entsteht die Gefahr einer Auswucherung der öffentlichen Verwaltung, die dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger ebenso widerspricht wie sie ihre Eigeninitiative lähmt. Staatsgläubigkeit kann dann in Staatsverdrossenheit umschlagen.

Im übrigen läßt sich, gerade unter den Bedingungen geringeren Wirtschaftswachstums, der finanzielle Spielraum für

die Bewältigung neuer sozialer Aufgaben nur durch rechtzeitige Korrekturen gewinnen.

3. Falsche Professionalisierung – Sachzwangsideologie

In den letzten Jahren ist die Zahl der politischen Fragen gewachsen, bei deren Beantwortung es keinen Entscheidungsspielraum mehr zu geben scheint. Politik in einer hochindustrialisierten Gesellschaft mit ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtung hat zudem Züge eines Geschäftes von und für Fachexperten angenommen. An die Stelle der unbefangenen Erörterung alternativer Möglichkeiten aufgrund sichtbar zu machender Wertentscheidungen tritt allzu häufig das scheinbar wertfreie Expertengespräch über das vermeintlich einzig Mögliche und Gebotene. Selbst für den engagierten Bürger wird so kaum mehr erfahrbar, daß Politik der Vollzug von Bürgerinteressen, die Entscheidung über Alternativen ist.

Dieser politische Stil einer falschen Professionalisierung, der Wertentscheidungen hinter angeblichen Sachzwängen verschwinden läßt, verdeckt Entscheidungsspielräume, die Ansätze für Bürgerengagement sein können. Häufig finden Bürger, daß vieles von dem, was sie betrifft und bewegt, in den Erörterungen der Politiker nicht vorkommt. Politik erscheint ihnen dann als fremdes Geschäft und der Politiker als der ferne Experte. Sowohl um vor-

handene Entscheidungsspielräume den Bürgern deutlich sichtbar als auch um Sachzwänge, wo sie tatsächlich bestehen, durchsichtbar zu machen, brauchen wir Formen des sprachlichen Verkehrs zwischen Politiker und Bürger, die diesem jederzeit die Möglichkeit des informierten Engagements öffnen.

Alltagsleben und politisches Handeln des Bürgers dürfen nicht als zwei getrennte Bereiche erscheinen, deren Denk- und Verhaltensweisen miteinander nichts zu tun haben. Der Bürger muß erkennen können, daß er in der Politik seine ureigensten Probleme offen und kontrovers diskutieren und mitentscheiden kann.

Selbstverständlich sind die Diskussions- und Entscheidungsspielräume in der Politik begrenzt. Der aktive Politiker muß Initiativ- und Führungsaufgaben wahrnehmen; er muß unter knappen Zeitbedingungen Entscheidungen fällen. Um so mehr aber ist Vertrauens- und Überzeugungsarbeit eine der vornehmsten Aufgaben der Mandats- und der Funktionsträger. Leider versagen manche vor dieser Aufgabe, indem sie die Menschen entweder demagogisch unterfordern oder elitär überfordern.

Die Bürger, aber auch die Mitglieder der Parteien beklagen, daß ihre Abgeordneten und Funktionäre immer weniger zuhören können.

4. Politische Macht und politische Kultur

Jede politische Kultur wird mit der Tatsache fertig werden müssen, daß Politik immer auch Kampf um Macht ist. Politik ist kein intellektueller Disput, an dessen Ende ein Unparteiischer entscheidet, wer der Wahrheit näher ist. Auch wer Politik als Dienst am Bürger und für das Ganze versteht, muß sich im Machtkampf behaupten, damit er diesen politischen Dienst leisten kann. Wo Macht nur noch um der Macht willen erstrebt wird, erstickt jede politische Kultur. Wo das Ringen um Macht an sich schon als verdammenswürdig erscheint, bewegen wir uns nicht mehr im Bereich der Politik.

Politische Kultur in der Demokratie ist also auch der immer gefährdete Versuch, politischen Machtkampf in Formen auszutragen, bei denen die Mittel den Zwecken angemessen sind. Sie kann sich nicht entfalten, wo der Zweck der Machterhaltung oder Machtgewinnung jedes Mittel heiligt. Demokratie geht davon aus, daß es Mittel gibt, die jeden Zweck entheiligen. In jüngster Zeit wird Machtkampf häufig mit den verfeinerten Mitteln wissenschaftlicher Semantik und Werbepsychologie ausgetragen. Feindbilder werden entworfen, getestet und durch ständige Wiederholung ins öffentliche Bewußtsein gebracht. Begriffe werden mit generalstabsmäßigen Methoden besetzt, und zwar meist völlig unabhängig von der praktischen politischen Arbeit. So dringen militärische Vokabeln in die politische Sprache ein und beginnen sie

zu beherrschen, besonders in der Vorbereitung von Wahlkämpfen. Politische Auseinandersetzung wird zur psychologischen Kriegsführung.

Daß dies einer demokratischen politischen Kultur zuwiderläuft, liegt auf der Hand. Schon Kurt Schumacher hat diese Gefahr erkannt. Er sagte:

„Die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit. Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben. Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil.“

Machtverhältnisse und Machtkämpfe dürfen aber auch nicht verdeckt oder ideologisch kaschiert werden. Machtverhältnisse und nicht Naturereignisse oder gottgewollte Ordnungen waren es auch, die den Obrigkeitsstaat und althergebrachte autoritäre Lebensordnungen hervorgebracht haben. Es gehört zu den Grundfiguren konservativer Argumentation, dies zu verschleiern und dafür zu sorgen, daß konsolidierte, fest verankerte Macht nicht als solche empfunden wird, sondern nur die Gegenmacht, die etablierte Macht herausfordert. Aus Geschichte und gesellschaftlicher Wirklichkeit wissen wir, daß die meisten Führungsverhältnisse eher ausbeuterischen als väterlich-fürsorglichen Charakter hatten, daß nicht die „Natur“ des Menschen, sondern – oft bedenkenlose –

Machtanwendung herrschender Machteliten in Wirtschaft, Staat und Kirche Untertänigkeit erzwungen hat.

Wer im Besitz unkontrollierter Macht ist, versteht die Ausbreitung einer demokratischen politischen Kultur meist als Bedrohung seiner Machtposition. Daher der Widerstand gegen das demokratische Prinzip. Die historisch von Liberalen und Sozialisten durchgesetzte Demokratie trifft heute auf den Widerstand der Machteliten gegen eine Übertragung des demokratischen Prinzips auf Bereiche der Gesellschaft: So der Widerstand der meisten Kapitalbesitzer gegen reale Mitbestimmung der abhängig Arbeitenden, der Widerstand vieler Professoren und Lehrer gegen Demokratisierungskonzepte – und zwar keineswegs nur irrationale, sondern auch gegen ernstzunehmende Forderungen der Lernenden nach Mitsprache, Mitbestimmung und Beteiligung. Widerstand leisten aber auch viele Behördenchefs, Verbands- und Parteifunktionäre, die eine intensivere Information und Beteiligung von Bürgern, Bürgerinitiativen oder Mitgliedern am Prozeß der Meinungsbildung und Entscheidung unbequem finden – nicht selten sogar als Gefährdung ihrer bislang kaum kontrollierten Macht betrachten. Eine Mehrheit der Männer leistet noch immer Widerstand gegen die zu Recht heftiger gewordenen Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung in Ehe und Familie, Beruf und öffentlichem Leben.

5. Fremdbestimmung und Streß in der Arbeitswelt

Leistungsdruck und geisttötende Monotonie in der Arbeitswelt, die durch zunehmende Technisierung und Automation zum Teil noch verstärkt werden, die Bedrohung der Arbeitsplätze, die Gefahr beruflicher Dequalifizierung und sozialen Abstiegs, die durch umfangreiche Rationalisierungen heraufbeschworen werden, verstärken das Abhängigkeitsgefühl der Arbeitnehmer und bewirken politische Apathie. Mangelnde Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern auch Rivalitäten unter den Arbeitnehmern und führen zu ihrer Vereinzelung, die einem demokratischen Engagement entgegenwirkt. Die Arbeitnehmer werden entmutigt, sich um den Gang des Ganzen im Betrieb zu kümmern; sie lernen, selbst fragwürdige Anweisungen möglichst widerspruchslos zu befolgen und auch unberechtigte Kritik einzustecken; Arbeitnehmer, die kritisch denken und ihre Interessen selbstbewußt artikulieren, sind vielen Vorgesetzten immer noch ein Dorn im Auge und gefährden häufig ihre Aufstiegsmöglichkeiten oder sogar ihren Arbeitsplatz.

Daher muß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer – am Arbeitsplatz, in den Betrieben und Unternehmen – ausgedehnt und wirksamer gestaltet werden. Dazu können auch die Vergrößerung und Verselbständigung von Arbeitsaufgaben in „teilautonomen Arbeitsgruppen“ beitragen, wenn ihre Einführung von den Be-

triebsräten und Personalräten mitgetragen wird und nicht deren Rechte zur Mitgestaltung der Arbeitsorganisation beeinträchtigt. Wo unnötige Monotonie und Hierarchie in der Arbeitsorganisation abgebaut wurden, hat sich gezeigt, daß eine effektive Gestaltung der Arbeitsprozesse sehr gut mit einem hohen Maß an Beteiligung, Selbst- und Mitbestimmung der Arbeitenden in Einklang zu bringen ist.

Wenig verschlägt dagegen das immer wiederkehrende Argument aller Autoritätsgläubigen: Die „Leute“ wollten gar nicht mitbestimmen, sie wollten und könnten gar nicht eigenverantwortlich arbeiten. Es ist einsehbar, daß Menschen, die Zeit ihres Lebens – und besonders ihres Berufslebens – auf widerspruchstoses Befolgen von Anweisungen hin erzogen worden sind, ohne langfristige – und strikt freiwillige – Bildungs- und Einübungsprozesse in ausreichendem Maße zu verantwortlicher Selbst- und Mitbestimmung weder am Arbeitsplatz noch in der Politik kommen können.

Dazu sind systematischer Abbau des Streß' in der Arbeitswelt und die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit nötig. Arbeitszeitverkürzung hat daher auch eine demokratische Funktion, sie ist nicht nur arbeitsmarktpolitisch notwendig.

Dafür ist noch sehr viel qualifizierte Gewerkschaftsarbeit und auch ein verändertes Selbstverständnis der Führungskräfte erforderlich.

Unsere Demokratie kann nicht lebendiger, die Bereitschaft zu aktiver Beteiligung von mehr Menschen an unseren öffentlichen Angelegenheiten nicht geweckt werden ohne den Ansatz in der Arbeitswelt.

6. Falsche Polarisierung

Eine besondere Gefährdung für unsere Demokratie und für die Bereitschaft vieler Bürger, aktiv an ihr teilzunehmen, liegt in der Polarisierung zwischen den großen Parteien, der keine politische Substanz entspricht. In der Politik gibt es immer wieder grundsätzliche Auseinandersetzungen, die auch zu Polarisierungen führen können. Zugleich aber gibt es immer eine Fülle von politischen Sachfragen, in denen die Parteien voneinander lernen und mit der Zeit ihre Positionen einander annähern. Gefährlich ist eine substanzlose Polarisierung, bei der ideologische Konfrontation nicht Ausdruck, sondern Ersatz für Sachkonflikte ist. Sie zeigt sich in der Tendenz, den innenpolitischen Gegner als unzuverlässig in der Vertretung der nationalen Interessen oder in der Wahrung der inneren Sicherheit gegen Feinde der Demokratie zu diffamieren oder ihn der Friedensgefährdung zu bezichtigen.

Den Bürgern entgeht auf die Dauer nicht, daß sie getäuscht werden, wenn die Parteien in der öffentlichen Auseinandersetzung um Scheinalternativen ringen, wenn sie gegen selbstgefertigte Zerrbilder der anderen Seite ankämpfen, anstatt die

tatsächlichen Gegensätze klar beim Namen zu nennen. Alte, tiefverwurzelte Vorurteile gegen Politik als ein seiner Natur nach schmutziges Geschäft bekommen auf diese Weise neue Nahrung. Zugleich spüren viele Bürger, daß die falsche Polarisierung das Erarbeiten und Gegenüberstellen alternativer Vorschläge behindert. So kann der Eindruck entstehen, daß die Lösung drängender Existenzprobleme von den Parteien nicht mehr zu erwarten ist. Falsche Polarisierung führt dazu, daß viele sich von der Politik abwenden und nach alternativen Formen des politischen Engagements suchen, die mehr Redlichkeit und Wahrhaftigkeit versprechen. Diese Haltung kann sich leicht mit einer Verzweiflung am Sinn der Parteiendemokratie selbst verbinden.

Produktiver Wettbewerb, das Ringen um Sachalternativen, macht für den Bürger die verschiedensten Aspekte eines Problems sichtbar und ist einer freien Meinungsbildung dienlich. Dies gilt um so mehr, je eher Politiker frei und gelöst genug sind, den – notwendigerweise relativen – Wahrheitsgehalt in der Argumentation der Gegenseite anzuerkennen. Es schadet nichts, wenn auch für den Bürger erkennbar wird, wie konkurrierende Parteien voneinander lernen. Und es kommt der politischen Kultur zugute, wenn sich die Fähigkeit der Distanz zur eigenen Sache und besonders zur eigenen Person in einem Schuß Humor äußert.

Der Parteienkampf darf nie auf die – und sei es moralische – Vernichtung des

Gegners abzielen; jede Partei muß vielmehr ein Interesse daran haben, daß konkurrierende Parteien intakt bleiben. Dies ist die Grundlage für das legitime Bestreben jeder Partei, stärker, besser zu sein als die gegnerische, also Mehrheiten zu gewinnen, mit denen sie ihren Vorstellungen zum Durchbruch verhelfen kann.

Der Bürger ist für diese Sicht des Miteinander im Gegeneinander, des Aufeinander-Verwiesenseins der Parteien empfänglicher, als dies den im politischen Tageskampf verstrickten Politikern bewußt wird.

7. Mangelnde Klarheit über bestehende Alternativen

Nicht nur falsche Polarisierung hat oft verhindert, daß Alternativen, die von vielen Bürgern gesucht werden, unbefangen erarbeitet und unbehindert zur Diskussion gestellt werden konnten. Offene Diskussionen innerhalb der Parteien gerieten häufig in den Ruch von Skandal, Gezänk oder Intrige. Die Neigung der Medien zur Personalisierung trägt dazu bei, daß schon im offenen Gespräch nur persönliche Animositäten vermutet werden. Wird für wichtige Medien an einer Sachkontroverse innerhalb einer Partei der Skandalwert wichtiger als die Information über alternative Standpunkte, so behindern sie damit die Entfaltung demokratischer Meinungsbildung.

Das wirkt auf das Verhalten der Parteien selbst zurück, die sich um ihr Bild in der Öffentlichkeit sorgen. Mitunter betrachten Parteien daher das kritische und kontroverse Gespräch über neue und unerwartete Anstöße eher als eine Verwischung ihres Profils denn als Chance, neue Ideen und Bewegungen in sich aufzunehmen und veraltete Vorstellungen zu korrigieren. Durch solche Reaktionen bestätigen sie im Nachhinein, was an Zerrbildern über innerparteiliche Auseinandersetzungen verbreitet wurde.

Besonders verhängnisvoll muß sich eine solche Haltung in einem Land auswirken, wo aus geschichtlichen Gründen der Hang zu einem übertriebenen Harmoniedenken noch immer das Politikverständnis vieler Menschen bestimmt, so daß Konflikte als im Grunde unanständige Störung der Harmonie mißverstanden werden. Eines stärkt das andere: Scheinpolarisierung unterstellt, es gebe nur die Wahl zwischen voller Übereinstimmung oder totalem Konflikt; die falsche Professionalisierung hält die Bürger aus möglichen Konflikten heraus; die negative Wertung offener Auseinandersetzung in den Parteien bestätigt das harmonistische Vorurteil.

8. Mangelnde Attraktivität der Partei- und Gewerkschaftsarbeit

Was für einen erheblichen Teil der Auseinandersetzung zwischen den Parteien zu sagen ist, gilt noch mehr für die partei-

interne Arbeit: Sie versucht zu wenig, den Bürger zu informieren, ihn für die Parteiarbeit zu interessieren und zu aktivieren.

Das Parteileben macht weithin den Eindruck einer in sich gekehrten Betriebsamkeit, bei der die aktiven Mitglieder sich seit langem kennen, Veranstaltungen (die von der großen Mehrheit der Mitglieder nicht besucht werden) ohne Außenwirkung planen und durchführen, – im übrigen aber wenig tun, um neu Hinzukommende zu integrieren und zur Mitarbeit anzuregen. Systematische politische Bildungsarbeit und Meinungsbildung vor Ort ist selten.

Wo fundierte Meinungs- und Willensbildung auf Ortsebene gelingt, wird sie oft auf Bezirks- und Bundesparteitagen zu wenig gewürdigt. Dies entmutigt, aktiv am Parteileben teilzunehmen. Überdies fehlt es oft an ungezwungener Geselligkeit, denn viele kommen nicht zu einer Partei, um sogleich aktiv in die politische Debatte einzugreifen, sondern weil sie das Bedürfnis haben, mit Gleichgesinnten zusammen zu sein. Die enorme Attraktivität geselliger Politveranstaltungen und Feste ist noch nicht überall bekannt. Auch wenn vor Ort viele neue Ansätze erprobt werden, erwecken die Parteien oft den Eindruck, sie lebten im alten, selbstgenügsamen Trott dahin und bemerkten nicht, daß das politisch-gesellschaftliche Leben auf vielen Ebenen dabei ist, an ihnen vorbei anziehendere, bürgernähere Formen zu suchen und zu finden.

Für die Gewerkschaftsarbeit gilt ähnliches. Festzuhalten bleibt allerdings, daß Gewerkschaften infolge der betrieblichen und tariflichen Konflikte, der Rechts-hilfe, der Betriebsratsarbeit insgesamt doch weitaus stärker mit der Basis verbunden sind als die Parteien und daß sie auch zur Aktivierung der Menschen im gesellschaftlichen Alltag mehr beitragen.

9. Der überforderte Politiker

Politische Kultur wird nicht möglich sein ohne den kultivierten Politiker. Es wird uns also nicht erspart bleiben, darüber nachzudenken, wie die politische Arbeit so humanisiert werden kann, daß in der Politik Humanität nicht nur gefordert, sondern auch vorgelebt werden kann.

Jeder Beruf trägt die Gefahr von Deformationen in sich. Für wenige Tätigkeiten gilt dies so sehr wie für die des Politikers. Gerade die Art, wie er lebt und arbeitet, hindert ihn, die Erwartungen zu erfüllen, die der Bürger zu Recht an ihn stellt.

Daß er sich permanent überfordert fühlt und immer mit Unerledigtem leben muß, daß er unentwegt mehr geben soll als er aufnehmen kann, teilt er sicher mit anderen Berufen. Daß er detaillierte Sachkenntnis auf den verschiedensten Feldern haben soll, kann entweder zu engem Spezialistentum oder zu oberflächlichen Formeln für alles und jedes führen.

Gerade führende Politiker sind gehalten und gezwungen, dieselben Berichte und Argumente in immer neuen Gremien vorzutragen, um die nötigen Informationen zu vermitteln und Konsens herzustellen. Die Kraft, die dabei verbraucht wird, geht eigenem Nachdenken und fruchtbaren Gesprächen ab. Der Politiker kann sich der lähmenden Schwere der Routine kaum entziehen. Für Kreativität bleibt zu wenig Raum. Originalität wird immer seltener.

Pluralistische Demokratie verlangt vom Politiker den dauernden Kontakt zu den verschiedensten Gruppen und Verbänden, zur Parteiorganisation und zu einzelnen Bürgern. Je hastiger der Politiker jedoch von Termin zu Termin eilt, desto mehr leidet die Intensität solcher Kontaktgespräche.

Eine Wochenarbeitszeit, die oft über dem Doppelten einer Normalarbeitszeit liegt, laugt aus und läßt familiäre und menschliche Beziehungen verkümmern. Der Mangel an menschlicher Wärme, der Politikern mitunter vorgeworfen wird, kann Folge solcher Deformation sein. Sie wirkt um so unerträglicher, je weniger sie in der Hektik des politischen Betriebs vom Politiker selbst erkannt wird. Wo sie zum Bewußtsein kommt, führt sie zu neuen Konflikten, weil ein Mindestmaß an persönlichem Freiraum und an Distanz zum politischen Geschäft mühsam erkämpft werden muß gegen berechnete Ansprüche der Partei, der Wähler oder der Medien. Nur wenige Politiker können sich daher

solcher Anforderungen erwehren, ohne ihre Position aufs Spiel zu setzen.

Der Politiker, will er wirken, ist auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Alles kommt also darauf an, daß und wie er in den Medien erscheint. Dadurch wird er zur Eitelkeit erzogen. Besonders deformierend muß es wirken, wenn ein Politiker zuläßt, daß Werbemanager ihm ein werbewirksames „Image“ verpassen. Verliert er dabei seine Identität, so kann er sich nur noch in ödem Karrierismus verschleifen.

Daß die Quantität der Arbeit auf Kosten der Qualität geht, gilt sicher nicht nur für die Politiker. Für den Politiker kommt hinzu, daß die Bürger – zu Recht – von ihm genau die Menschlichkeit erwarten, die einem dauernden Erosionsprozeß ausgesetzt sein muß, wenn er auch nur einen Teil der Anforderungen erfüllen will, die an ihn herangetragen werden. vor allem, wenn er sich im Machtkampf behaupten will. Hier liegt ein Strukturproblem unserer Demokratie, dem mit individuelle ethischen Appellen allein nicht beizukommen ist.

Politische Kultur in der Demokratie

Heute wird oft vergessen, daß zwar die grundlegenden Wertentscheidungen – Grundrechte – und aus ihnen folgend gewisse Institutionen im Grundgesetz verbindlich festgelegt sind, in diesem Rahmen und mit dem Auftrag der Erfüllung und Konkretisierung der Grundrechte aber die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Teilstrukturen und Lebensformen dem Erfahrungs- und Willensbildungsprozeß der Mehrheit der Bürger anheimgestellt ist und damit offen bleibt. Darauf hat die Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD in ihrer Diskussionschrift „Grundwerte und Grundrechte“ (15. 1. 1979) verwiesen.

Dieses Offenhalten trägt in sich die Chance zu gesellschaftlicher Veränderung angesichts neuer Erfahrungen oder sich wandelnden Bewußtseins. Die Chance, durch offene Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten und das Sichtbarmachen der zugrundeliegenden Interessen- und Bedürfnisunterschiede die Alternative herauszuarbeiten, die der größten Zahl von Bürgern als wünschenswert und vernünftig erscheint, macht den entscheidenden Vorzug einer offenen Gesellschaft aus. Sie ist darauf angelegt, daß Erfahrungen, Schwierigkeiten und Probleme jederzeit öffentlich zur Sprache gebracht werden und Alternativen zu jedem Zeitpunkt ausgearbeitet und öffentlich vorgestellt werden können. Damit wird es möglich, rechtzeitig einen Kurs zu korrigieren, der sich als falsch erweist. Darin – und im Offenlassen möglichst breiter Spielräume für die eigenver-

antwortliche Lebensgestaltung der Individuen und Gruppen – liegen Wert und Sinn der offenen Gesellschaft. Ob diese Chance auch genutzt wird und wie sie genutzt wird, hängt davon ab, was die Menschen in ihren verschiedenen politischen Rollen daraus machen.

Es ist daher ihre politische Kultur, die darüber entscheidet, ob das in den demokratischen Institutionen der offenen Gesellschaft angelegte Angebot angenommen oder verspielt wird.

Die Parteien haben eine besondere Verantwortung, gemeinsam mit allen bewußten und aktiven Demokraten deutlicher zu machen: Die einzige uns angemessene politische Kultur ist eine demokratische politische Kultur.

Im folgenden soll beschrieben werden, was wir unter demokratischer politischer Kultur verstehen, was ihre Entfaltung hindert und was insbesondere die Sozialdemokratie tun kann, um ihre Entwicklung zu fördern. Demokratische politische Kultur schließt die Bemühung ein, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgern am politischen Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozeß ständig zu verbessern, Konflikte rational auszutragen und die Konsensfähigkeit der demokratischen politischen Parteien und Organisationen zu erhalten und zu festigen.

I. Demokratische Partizipation

Politische Kultur, die der Sicherung und Förderung der Demokratie dienen soll, ist undenkbar ohne aktive Teilhabe der Bürger. Sie kann sich in vielfältigen Formen verwirklichen: In der aufmerksamen und kritischen Beobachtung politischer Vorgänge und Entscheidungen, in der Wahrnehmung des Wahlrechts, in der Mitwirkung in Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen, in der Beteiligung am Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß in gesellschaftlichen Teilbereichen (z. B. Wirtschaft, Bildungsbereich, Massenmedien) und im selbständigen Aufgreifen sozialer Aufgaben vor der eigenen Haustür (z. B. Schularbeitszirkel, Hilfe für ältere Bürger, Bildungsinitiativen usw.).

Insbesondere im letzten Jahrzehnt haben sich Ansätze einer demokratischen politischen Kultur entwickelt, die – häufig ausgehend von Notständen der verschiedensten Art – dadurch gekennzeichnet sind, daß aktive Gruppen sich anschicken, das Angebot unserer Verfassung zu politischer Mitbestimmung tatkräftiger aufzugreifen. Gewiß ist das Wachsen einer solchen obrigkeitkritischen und partizipativen politischen Kultur ein schwieriger Prozeß, der sich seit etwa 200 Jahren verfolgen läßt. Es scheint aber, als ob sich in den 60er Jahren ein Sprung nach vorn im Sinne einer Verbreiterung und Vertiefung demokratischer Initiativen und herrschaftskritischer Haltungen vollzogen hat, so daß die „Fundamentaldemokratisierung“ (K.

Maanheim) jetzt in der Bundesrepublik Deutschland von beachtlichen Minderheiten der Bevölkerung aktiver mitvollzogen wird. Dies äußert sich z. B. auch im Erstarren der kirchlichen Laienbewegungen (Katholikentag, Evangelischer Kirchentag). Schließt man die Bemühungen um eine weniger autoritäre Erziehung und um gleichberechtigte Partnerschaft in der Ehe ein, so dürfte heute ein großer Teil der Bevölkerung diesen Demokratisierungsprozeß mittragen. Solche politische Partizipation hat aus mehreren Gründen zentrale Bedeutung. Die dabei wirksam werdenden Fähigkeiten zu Phantasie, Spontaneität und Selbstverantwortlichkeit tragen zur Kontrolle bürokratischer Entscheidungen und zur notwendigen Korrektur von Entwürfen am grünen Tisch bei. Dabei geht es nicht nur um nachträgliche, oft nur unbedeutende Korrekturen bürokratischen Handelns, sondern auch darum, wo immer möglich selbständig und selbsttätig anstehende Aufgaben anzugehen und den staatlichen Planungsprozeß wirksam zu beeinflussen.

Nicht zuletzt fördert politische Partizipation, die sich in kooperativem Handeln verwirklicht, partnerschaftliches Denken und Verhalten und trägt so zur Solidarität bei. Wir lernen unsere Nachbarn kennen und verstehen. Hier öffnet sich ein Weg, die vielfach beklagte Isolierung der Menschen in der Industriegesellschaft zu überwinden und im täglichen Leben wieder mehr Anteilnahme und Wärme zu geben und zu finden.

Was wir hier als Wege zu einer demokratischen politischen Kultur, als Triebkraft gesellschaftlicher Demokratisierung zu bestimmen versuchen, ist nicht durch Schulung einiger Arbeiterführer und Avantgarden zu erreichen, sondern nur durch geduldige Umgestaltung des Sozialisations- und Bildungssystems. Die Zunahme 10- bis 12jähriger Schulbildung, der Zustrom zu weiterführenden Bildungseinrichtungen und die Hebung des Informationsniveaus durch die Massenmedien, vor allem das Fernsehen, haben den allgemeinen Demokratisierungsprozeß beschleunigt und die Bereitschaft zum herrschaftskritischen Engagement gefördert. Bildung, die zu selbständigem Denken und Handeln befähigt, wird zu einer revolutionierenden Kraft, und zwar in einem Ausmaß, das Konservative erschrecken und orthodoxe Marxisten in Erstaunen setzen muß.

Auch in der Arbeitswelt vollziehen sich, gerade im Zusammenhang mit der Steigerung des Bildungsniveaus, demokratisierende Verhaltensänderungen. In einigen Industrieländern haben Arbeiter – vor allem jüngere und qualifiziertere – begonnen, gegen eine monotone und autoritäre Arbeitsorganisation aufzubegehren, obwohl sie relativ gut bezahlt werden. Ihre Intelligenz und ihr entwickeltes Bewußtsein von menschlicher Würde führt sie zur Ablehnung – hier und da sogar zu kollektiver Rebellion – gegen ein undemokratisches Industriesystem. Eine weniger autoritäre Sozialisation, demokratischere Erziehungs- und Bildungsformen helfen

Menschen heranbilden, die sich für mehr Demokratie einsetzen.

Freilich: Selten kommen Demokratisierungsaktionen allein aufgrund demokratischen Bewußtseins in Gang. Auslösend wirken meist repressive Maßnahmen oder Zustände in gesellschaftlichen Teilbereichen. So wäre beispielsweise die studentische Protestbewegung ohne die zunehmenden Widersprüche zwischen Studenteninteressen, wachsenden Studentenmassen und veralteten, autoritär erstarrten Hochschulstrukturen kaum in Gang gekommen.

Ebenso wären Bürgerinitiativen nicht so stark, politisch vital und teilweise auch radikal geworden ohne die rapide Zunahme kommunal- und umweltpolitischer Notstände. Eine ganze Reihe von Mitbestimmungsforderungen und realisierten demokratischen Modellen in Theatern, Schulen, Redaktionen, Kindergärten etc. ist zwar nicht aus akuten Krisen, wohl aber aus der Empörung über undemokratische Zustände entstanden, die einem veränderten demokratischen Bewußtsein unerträglich erscheinen mußten. Der Prozeß hin zu einer demokratischen politischen Kultur zeigt hier seine eigene Dynamik. Auch die breite skandinavische Diskussion über eine „Alltagsdemokratie“ ist im wesentlichen nicht aus akuten Krisen, sondern aus der eigenen politischen Kultur, einer gewachsenen und wachsenden demokratischen Sensibilität in Ländern zu erklären, die seit Jahrzehnten liberal- und sozialdemokra-

tisch geprägt wurden. Insgesamt drängen also, trotz einer noch weit verbreiteten Neigung zu Apathie und Rückzug ins Private, trotz der Widerstandsfähigkeit verkrusteter oligarchischer Machtstrukturen, wichtige Minderheiten nach verstärkter Partizipation in allen Lebensbereichen. Bürger werden selbst aktiv und hören auf, bloß Konsumenten von Politik zu sein.

Freilich dürfen auch die Probleme und Widerstände, die solcher Partizipation entgegenstehen, nicht übersehen oder bagatellisiert werden. Es gibt einen Konformismus, der jedem Verhalten, das von den gebräuchlichen Mustern abweicht, zunächst ablehnend begegnet. Hier gilt es immer wieder zu entkrampfen und zu vermitteln. Zu diesem Konformismus gehören auch autoritäre Einstellungen, die uns oft gar nicht bewußt sind und erst langsam in geduldiger Anstrengung abgebaut werden können.

Zu handfesten Hindernissen demokratischer Partizipation werden solche Haltungen, wenn sie sich auf soziale oder politische Macht stützen können. Daher ist es notwendig, Macht und Interessen, die demokratischer Partizipation entgegenstehen, immer wieder aufzudecken und ihnen die Macht entgegenzusetzen, die sich aus demokratischem Bewußtsein bildet. In der deutschen Tradition gab es häufig ein Schwanken zwischen Untertanengeist, blinder Unterordnung unter die Obrigkeit, unkritischem Staatsvertrauen einerseits und ebenso blinder Ablehnung gegen alles,

was mit Staat und Politik zu tun hatte, andererseits. Fehlte es der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts an politischer Eigeninitiative und Durchsetzungskraft, identifizierte das damalige deutsche Bürgertum das Wohl des Ganzen vielfach unbesehen mit der Tätigkeit der staatlichen Bürokratie, so verfolgten starke gesellschaftliche Kräfte in der Weimarer Republik ihre Politik kompromißlos und ohne Rücksicht auf die Lebensfähigkeit der Republik.

Demokratie muß immer wieder zur Basis finden. Diese aber begegnet dem Politiker weithin in der Formation von Verbänden und Vereinen, die die Pluralität der Interessen und Überzeugungen in unserer Gesellschaft widerspiegeln. Diese Verbände sind selbstverständlich von unterschiedlichem politischen Gewicht; insgesamt aber ist die Organisation der Bürger in Verbänden und Vereinen und die zunehmende Verdichtung und Vernetzung dieser Strukturen ein für die Demokratie unverzichtbares Feld der Partizipation.

Demokratischer Staat und gesellschaftliche Gruppen sind vielfältig aufeinander angewiesen; sie sollen und können zum allgemeinen Wohl zusammenwirken. Freilich gibt es auch hier die Gefahr von Interessenverflechtungen und Abhängigkeiten bis hin zu banaler Verfilzung. Verbände sind nicht zur Herrschaft berufen, sondern zum Dialog mit jenen, die demokratisch legitimierte Verantwortung tragen; sie sind nicht Richter, sondern Anwälte.

Bei aller Würdigung der Bedeutung der Verbände darf es auch nicht dahin kommen, daß nicht-organisierte, womöglich gar nicht organisierbare Interessen die politisch Handelnden nicht mehr erreichen.

Es gibt aber auch Hindernisse und Schwierigkeiten für demokratische Partizipation, die sich aus der Sache selbst ergeben. In allen gesellschaftlichen Teilbereichen gibt es das Grundproblem, Partizipation so zu regeln, daß die dort Tätigen die Erfordernisse der politischen Legitimation, der fachlichen Kompetenz und der durchsichtigen Verantwortlichkeit miteinander in Einklang bringen können. Eine befriedigende Formel ist nicht ein für allemal bestimmbar. Vielmehr müssen gefundene Lösungen immer wieder in der Praxis anhand auszuweisender Kriterien kritisch und mit der Bereitschaft zur Revision überprüft werden.

Verfehlte Lösungen stellen im Bildungs- und Medienbereich eine erheblich größere Gefahr dar als im Bereich der Wirtschaft, weil Fehlentscheidungen oder -entwicklungen nicht sofort an handfesten materiellen Mißerfolgen (etwa des Unternehmens am Markt) fühl- und meßbar werden und weil das Risiko der ideologischen Verhärtung gegensätzlicher Positionen nicht durch ein gemeinsames Interesse aller Beteiligten in Grenzen gehalten wird. Partizipation kann zu einer falschen Politisierung führen, sofern sie bewirkt, daß die Mitglieder der gesellschaftlichen Teilbereiche sich nur noch als politische Kontrahen-

ten bzw. Kampfgefährten verstehen und begegnen. Dies hat nicht nur häufig unzweckmäßige Entscheidungen zur Folge, es kann auch die zwischenmenschlichen Beziehungen schwer belasten. Dies läßt sich nicht einfach menschlichem Versagen der Entscheidungsträger anlasten. Hier zeigt sich vielmehr ein stets zu beachtendes Risiko jeder politischen Partizipationsregelung, weil in ihrem Entscheidungsbereich kaum ein wichtiger Streitpunkt frei ist von politischen Bezügen.

Besonders brisant wird die Gefahr, wenn es infolge der Politisierung zur Fraktionierung nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten kommt. Eine Verallgemeinerung dieser Tendenz würde zu gefährlichen Brüchen im Leben der Gesellschaft führen. Das Bewußtsein, daß Politik und schon gar Parteipolitik nicht den ganzen Menschen ausmacht, muß gerade dann wachgehalten werden, wenn die unvermeidliche Politisierung des gesellschaftlichen Lebens in demokratischen Formen geschehen soll. Partizipation mit dem Ziel, eigene Interessen wahrzunehmen, aber im Geiste der Kooperation – darauf kommt es an.

Auf allen Ebenen politischer Partizipation sind immer noch zu wenige Frauen beteiligt, obwohl sie sich gerade in jüngerer Zeit politisch und beruflich besonders eindrücklich qualifiziert haben. Ein im letzten Jahrzehnt gewachsenes neues Selbstbewußtsein der Frauen hat sich im politischen Leben bisher nicht nennenswert niederschlagen können. Dadurch entsteht

die Gefahr, daß Enttäuschung und Resignation sich breitmachen und daß vorhandene Einsichten, Kräfte und Fähigkeiten sich nicht entfalten können. Um eine solche Entfaltung zu ermöglichen, bedarf es vieler Veränderungen: der Einsicht vor allem der Männer, daß sie bisher vornehmlich von den Frauen erledigte Aufgaben, etwa innerhalb der Familie, partnerschaftlich mit den Frauen teilen müssen; zeitlich flexibler Berufsmöglichkeiten für Männer und Frauen; des weiteren Abbaus traditioneller Vorurteile gegenüber der Fähigkeit von Frauen zu verantwortlicher und schöpferischer Tätigkeit. Sollen die Frauen volle Gleichberechtigung erreichen, so muß sich das Rollenverständnis des Mannes nicht weniger ändern als das der Frau. Für beide ergeben sich daraus Schwierigkeiten, aber auch neue fruchtbare Möglichkeiten. Die Fixierung des Mannes auf Leistung, Erfolg und Rationalität ist einer humanen Gesellschaft ebenso abträglich wie die Fixierung der Frau auf Emotionalität und häusliche Tugenden.

2. Konsens und Konflikt

Wenn die Vorzüge einer offenen Gesellschaft ihren Mitgliedern nicht bewußt sind und bleiben, kann keine Macht der Welt eine solche Gesellschaft am Leben erhalten. Wenn die Fähigkeit verkümmert, auf dieser Basis konkurrierende Interessen und Überzeugungen als legitim anzuerkennen und als Herausforderung der eigenen Überzeugung zu begreifen,

dann erlischt die Chance, eine gegebene Situation gemeinsam zu überprüfen und den bestmöglichen Weg zu ihrer Verbesserung zu finden und zu gehen.

Dies sind zwei Hauptvoraussetzungen der offenen Gesellschaft, deren Gefährdung zu wachsen scheint. Es gibt eine Tendenz zu bestreiten, daß der demokratische Gegner den Grundkonsens über die offene Gesellschaft ehrlich teilt. Wer aber anderen die Teilhabe am Grundkonsens abstreitet, zerstört ihn selbst. Am Ende einer solchen Entwicklung kann die Erklärung des Andersdenkenden zum Feind und die Verkehrung der demokratischen Auseinandersetzung zum Vernichtungskampf stehen.

Will man die Voraussetzung demokratischen Zusammenlebens sichern, so hat hierbei die Erziehung eine wesentliche Aufgabe. Die Forderung nach einer „Erziehung zur Konfliktfähigkeit“ ist richtig und wichtig, wenn damit gemeint ist, daß die Heranwachsenden lernen sollen, Teilkonflikte als normal anzusehen und sie nach den Spielregeln der demokratischen Ordnung auszutragen. Dagegen kann eine einseitige Erziehung zum Konflikt unter Hintansetzung demokratischer Gemeinsamkeiten zur Intoleranz führen und auch das Austragen von Konflikten in Respekt vor anderen Haltungen erschweren. Eine demokratische politische Kultur erfordert daher Erziehung zur Konfliktfähigkeit im Rahmen der Gemeinsamkeit und zur Toleranz bei der Austragung von Konflikten.

Zugleich aber gibt es gegenwärtig, vielleicht noch deutlicher, die Tendenz, das Feld der angeblich notwendigen Gemeinsamkeiten zweckgerichtet so ausufern zu lassen, daß neue kritische Gesichtspunkte oder abweichende Argumente und oft sogar neue Fragestellungen nicht mehr als Anstoß zur Überprüfung und als Chance zur Verbesserung aufgenommen, sondern als Störung bestehender Übereinstimmungen abgewiesen werden. Wird das vernünftige Maß an Übereinstimmung derartig überzogen, so behindert dies nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung; in einem solchen Klima gedeiht auch der Verdacht, Probleme kämen erst dadurch in die Welt, daß sie formuliert werden. Ohne produktiven Konfliktaustrag wäre die offene Gesellschaft nicht lebensfähig.

Ohne Anerkennung der legitimen Rolle des Konflikts kann es weder Respekt vor der anderen Meinung noch Hoffnung auf Fortschritt geben. Wo der Konsens überbetont wird, können wachsende Teile der Bevölkerung aus der politischen Willensbildung ausgeschlossen werden. Es gibt in unserem Lande eine Neigung, aus Angst vor politischer Zersplitterung wie in der Weimarer Republik das Vermeiden deutlicher politischer Differenzierung für einen Wert an sich zu halten. Wenn dies – wofür gegenwärtig einige Anzeichen sprechen – dazu führt, daß wichtige politische Strömungen in den repräsentativen politischen Entscheidungsgremien nicht mehr vertreten sind, geraten wir in Gefahr, heute die Schlachten vergangener Epochen zu schla-

gen und damit entscheidende Aufgaben der Gegenwart zu verfehlen.

Demokratie ist nicht denkbar ohne Mehrheitsentscheidungen. Abstimmung und Mehrheitsherrschaft, wie sie das Grundgesetz vorsieht, dienen nicht der Suche nach oder der Durchsetzung von letzten Wahrheiten, sondern der politischen Gestaltung im Bereich des Vorletzten sowie der Begrenzung des dabei unerläßlichen Unterwerfungsleidens. Demokratische Politik bewegt sich in den Bereichen des Abstimmbaren – die Suche nach Wahrheit und Letztbegründung ist vorausgesetzt. Die demokratische Grundtugend der Toleranz schließt den Willen ein, die Grenze des Nicht-Abstimmbaren nicht zu übersteigen.

Das Wechselverhältnis von Konsens und Konflikt muß auch die politische Rede prägen. Während bei unseren westlichen und südlichen Nachbarn die Kunst der politischen Rede eine respektable Tradition hat und als Teil der politischen Kultur gepflegt wird, gilt sie in Deutschland eher als suspekt.

Der Stil der politischen Rede unterscheidet sich notwendig vom Stil der wissenschaftlichen Abhandlung, des sachlichen Berichts, der Predigt oder der geselligen Plauderei. Es ist zum Beispiel unangemessen, vom Politiker zu verlangen, daß er sämtliche Aspekte einer Frage mit wissenschaftlicher Genauigkeit und Ausführlichkeit darlegt, um dann zum Schluß seine

Folgerung langatmig zu begründen. Er hat das Recht, die Aspekte herauszuarbeiten, die ihm wichtig erscheinen und die für seine Zielsetzung sprechen. Er darf und muß dabei vereinfachen, er darf und muß schwierige Alternativen auf einen allgemein verständlichen Nenner bringen. Dabei wird manche Nuance zu kurz kommen, manches Problem wird holzschnittartig auf wenige Argumente verkürzt werden.

Die geschliffene Formulierung, das Bonmot, das eindrückliche Bild, sind ebenso legitime Mittel der politischen Rede wie Witz und Ironie. Die politische Rede muß und darf nicht langweilig sein. Aber es macht einen Unterschied, ob die Schwächen des Gegners plötzlich in einem Bild aufleuchten, das sogar den Gegner selbst zum Lachen reizt, oder ob dieser Gegner als Feind der Demokratie verketzert und aus dem demokratischen Spielfeld verjagt werden soll.

Es macht einen Unterschied, ob man dem Gegner nachweisen will, daß seine Haltung interessengebunden ist oder ob man ihm vorwirft, er sei ein Feind der verfassungsmäßigen Ordnung. Es macht einen Unterschied, ob die Argumente des Gegners, seine Form der Selbstdarstellung Ziel von Angriffen sind oder aber sein menschlich-moralischer Kern. Es macht einen Unterschied, ob mit Florett, schwerem Säbel oder gar mit der Keule gekämpft wird.

Politische Rede darf und soll gewürzt sein: Sie wirkt um so weniger verlet-

zend, je öfter Selbstironie und Humor durchblitzen. Sie darf auch ein sportliches Element in sich tragen in Angriff und Abwehr, Stoß und Gegenstoß, solange sie die Menschenwürde des Gegners nicht antastet und die Gemeinsamkeiten nicht zerstört, auf die politische Kultur angewiesen ist.

Politische Kultur in Deutschland verlangt neues Nachdenken über den Stil der politischen Rede und Einübung in diesen Stil. Auch hier müssen Vorurteile abgebaut werden, die aus unserer Tradition stammen.

3. Mut zum Zukunftsentwurf und Fähigkeit zum Realismus

Demokratie kann ohne Zukunftsentwürfe nicht leben. Zukunftsentwürfe, die aus den Interessen, Erfahrungen, Einsichten und Sehnsüchten der Menschen entstehen, können gerade nicht als fertige Utopien ins Leben treten. Sie können nur langsam, aus der Verständigung über das Unbehagen an den derzeitigen Lebensformen und aus dem Willen nach Veränderung wachsen. Deshalb dient oft auch unausgereifte Kritik an der gegebenen Lebensweise dazu, daß Alternativen sich herausbilden. Wer Zukunftsentwürfe, für die Menschen zu handeln bereit sind, nicht von vornherein behindern will, muß Kritik am Gegebenen auch dann ernst nehmen, wenn sie noch nicht das Bild eines besseren Lebens anzubieten vermag. Daher müssen auch

Versuche, alternative Möglichkeiten im kleinen zu erproben, ermutigt und gefördert werden.

Gleichzeitig gilt es daher deutlich zu machen, daß Kritik und Alternativen im kleinen in konstruktive Alternativen für die gesamte Gesellschaft einmünden müssen, wenn sie als Beitrag zur Veränderung der ganzen Gesellschaft fruchtbar werden sollen. Die Fähigkeit, Zukunftsentwürfe in realisierbare Alternativen umzusetzen, wächst aber nur aus der Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß.

Der gesellschaftliche Dialog wird behindert, wenn politisch Verantwortliche meinen, daß Kritik und allgemeine Utopien, die die Rezepte ihrer Umsetzung nicht gleich mitliefern, der Rechtfertigung entbehren. Dieser Dialog wird aber ebenso blockiert, wenn Kritiker so auftreten, als seien ihre allgemeinen Richtungsangaben für die wünschenswerte Veränderung der Gesellschaft schon die bessere Alternative und ihre nicht sofort vollzogene Umsetzung schon Grund genug, an der Fähigkeit der politischen Systeme zur demokratischen Problemlösung zu verzweifeln.

Verlorenes Vertrauen der Bürger kann nur zurückgewonnen werden, wenn deren Kritik und Anregungen ernst genommen werden. Dies erfordert einen Dialog, in dem mit ihnen gemeinsam überlegt wird, wie kritisches Unbehagen und berechtigte Wünsche in der industriellen

Massendemokratie in realisierbare Handlungskonzepte umgesetzt werden könnten. Wo solche Umsetzung sich als unmöglich erweist, muß dies im kritischen Dialog nachgewiesen werden. Auch den Preis, den jede neue Weichenstellung fordert, muß man offen darstellen.

Deutlich zeichnet sich heute die Richtung ab; in die eine wachsende Zahl von Menschen die Gesellschaft verändern möchte:

– Mehr und mehr Menschen erkennen die Inhumanität vieler Formen der heutigen Arbeitsorganisation, sie wissen auch, daß es Alternativen gibt, die weniger Monotonie und Fremdbestimmung am Arbeitsplatz schaffen würden;

– zunehmend wird, aktuell in der Ölkrise, die Gefährlichkeit unkontrollierter internationaler Konzernmacht erkannt, die, wie es im Godesberger Programm heißt, „Staatsgewalt usurpiert“

– weit mehr Bürger als manche Politiker zu glauben scheinen, haben erkannt, daß unsere Verschwendungsgesellschaft mit ihrem Wegwerfprinzip in Sackgassen führt, daß schonender Umgang mit Energie, Gütern, natürlichen Ressourcen und ökologischen Gleichgewichten eine Überlebensbedingung unserer Zivilisation geworden ist und daß der Staat sich einer grundlegenden ordnungspolitischen Aufgabe entzieht, wenn er diese Umorientierung nicht durch Gesetze und vorbildliches

administratives Handeln ermutigt und ermöglicht;

– Bürger erkennen zunehmend, daß wirtschaftsabhängige Kommunalpolitik durch falsche Verkehrsplanung, Kommerzialisierung des Ortskerns, durch Kahlschlagsanierung etc. vielerorts das Wohnen und Leben unerträglich gemacht hat. Sie wissen, daß es alternative kommunalpolitische Konzepte gibt; sie erfahren aber nur selten, daß diese in der politischen Entscheidungsbildung der Parteien – bei optimaler Bürgerbeteiligung – ausreichend wirksam werden:

– immer mehr Menschen spüren, daß die strenge Abgrenzung politischer Sachbereiche und die damit verbundene Spezialisierung von Verwaltung und Politik in Sackgassen endet und dem Lebenszusammenhang der Gesellschaft sowie des Einzelnen nicht gerecht wird;

– insbesondere von der Sozialdemokratie erwarten viele Bürger, daß ihre Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in konkreten Zukunftsperspektiven Gestalt gewinnen, und zwar gerade jetzt: jenseits der Wachstumseuphorien der 60er Jahre. Wir dürfen nicht auf konkrete Utopien verzichten, weil sie in einer Legislaturperiode nicht zu realisieren sind oder weil sie mit Vorstellungen des Koalitionspartners kollidieren könnten. Gerade wenn man im offenen Dialog mit den kritischen Bürgern auch konkrete Utopien – d. h. längerfristige alternative Mo-

delle eines humaneren Zusammenlebens – erarbeitet, wächst die Chance, daß der Wähler konsequente Schritte in die bessere Richtung am Wahltag realisierbar macht.

Wo es um die Durchsetzung von Zukunftsentwürfen geht, wird häufig mit einer Begrifflichkeit gearbeitet, die eher dazu geeignet ist, den Blick auf die Wirklichkeit zu verstellen als ihn freizugeben. Dazu gehört die Unterscheidung zwischen Praktikern und Theoretikern.

Politik ist immer praktisches Handeln, sie zielt immer auf Entscheidungen, die Wirklichkeit gestalten. Realitätsfernes Theoretisieren spielt sich, wo es vorkommt, jenseits des politischen Bereichs ab.

Andererseits fordert jedes politische Handeln gründliches Nachdenken über Ziele, Wege und Methoden der Durchsetzung. Kontinuierliche und damit verlässliche Politik ist undenkbar ohne Bezug auf Grundwerte, Grundsätze und Programme. Politisches Handeln, das diesen Namen verdient, hat also immer auch eine theoretische Grundlage.

Der Macher, der sich das Nachdenken erspart, kann sich in der Politik so wenig halten wie der Merker, der sich zu gut ist zum Handeln.

Politische Kultur ist darauf angewiesen, daß praktisches politisches Handeln theoriebezogen ist und daß politische Theorie sich immer in der Auseinanderset-

zung mit der Praxis bewähren und notfalls korrigieren muß.

Eine Arbeitsteilung, in der die einen Papiere produzieren, die die anderen lächelnd beiseitelegen, wäre das Gegenteil von politischer Kultur.

Was muß sich ändern?

1. Bei uns selbst

Wir Sozialdemokraten halten es für unerläßlich, mit der Korrektur von Fehlentwicklungen bei uns selbst zu beginnen.

Wir sehen hierfür folgende Schwerpunkte:

– Es muß mehr als bisher darauf geachtet werden, daß Sozialdemokraten auch ihr eigenes Verhalten an den Grundwerten und Prinzipien messen, für deren Verwirklichung sie politisch eintreten.

– Die SPD muß auch fähig sein zu ungezwungener Geselligkeit. Sie muß mehr als bisher ein Ort sein, an dem nicht nur diskutiert, sondern auch gefeiert wird.

– Die SPD muß mutiger als bisher die drängenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft aufgreifen und sich mehr als bisher der Erarbeitung tragfähiger Alternativen widmen.

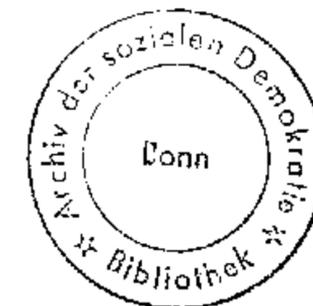
– Die vielfach in Routine und Selbstgenügsamkeit erstickte Parteiarbeit muß erneuert werden; die Partei muß also einen breiteren Fächer an Mitwirkungsmöglichkeiten für ihre Mitglieder anbieten. Neben der auf die Willensbildung und Entscheidung in Parteigremien und Parlamenten ausgerichteten Arbeit muß der Stadtteilarbeit, der Arbeit mit speziellen Zielgruppen, themenzentrierten Initiativen und Kampagnen größeres Interesse gelten.

– Gleichzeitig muß sich die Partei noch mehr als bisher als Forum für die kontroverse Diskussion wichtiger gesellschaftlicher Probleme anbieten, auch über die Grenzen der Partei hinaus.

– Die SPD muß sich mehr als bisher darum bemühen, entsprechend der Forderung des Orientierungsrahmens '85, „die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern“. In diesem Sinne muß sich die SPD zum Anwalt all jener machen, die z. B. in selbstverwalteten Jugendzentren oder Selbsthilfeprojekten die Lösung ihrer Probleme eigenverantwortlich anpacken.

– Die SPD muß ohne Scheu vor unvermeidbaren Konflikten für die Interessen der Abhängigen, der Armen und Benachteiligten und gegen die etablierten Herrschaftsinteressen Partei ergreifen.

Die SPD muß die innerparteiliche Diskussion fördern und der Versuchung widerstehen, politische Auffassungsunterschiede entweder zu ignorieren oder lediglich mit administrativen Mitteln auf sie zu reagieren. Insbesondere muß sie das Verhältnis zu ihrer Jugendorganisation weiter verbessern. Arbeitsgemeinschaften müssen, wenn sie sinnvoll und erfolgreich arbeiten sollen, ausreichend Bewegungsspielraum haben; sie müssen sich aber auch ihrer Verantwortung gegenüber der Gesamtpartei bewußt sein.



– Die SPD muß alles in ihrer Macht Stehende tun, um Einschränkungen der Demokratie in der Bundesrepublik zu verhindern. Sie darf sich nicht dem Druck konservativer und reaktionärer Kräfte beugen, die auf einen Abbau von Liberalität hinarbeiten und politisch Andersdenkende kriminalisieren wollen. Sie muß andererseits die undemokratischen Ideologien und Strategien von Kommunisten beim Namen nennen und sich klar von ihnen abgrenzen.

– Die SPD muß Wahlkämpfe argumentativ bestreiten. Sie darf sich nicht dem Trend anschließen, die politische Auseinandersetzung in der Demokratie zu einer Angelegenheit der Werbefachleute werden zu lassen. Wer nur auf Werbemätzchen und Imagepflege setzt, mißachtet den Wähler als mündigen Bürger und trägt damit zum Verfall der politischen Kultur der Demokratie bei.

– Die SPD muß ihre Anstrengungen in der internen Bildungsarbeit erheblich verstärken. Als mitgliederstärkste Partei der Bundesrepublik hat sie die Chance, mit einer informierten und engagierten Mitgliedschaft ihre Sache auch dann in der Öffentlichkeit wirksam vertreten zu können, wenn ein Teil der Medien die informativische und aufklärende Aufgabe nicht ausreichend wahrnimmt.

– Die SPD muß in sich selbst Theorie und Praxis, Programm und Organisation, politische Forderung und persönliches Verhalten als Einheit begreifen.

2. Insgesamt

In einer offenen Gesellschaft können auf die Dauer nur offene Parteien ihre Funktion erfüllen; Parteien also, die – auf der Basis ihrer Grundsätze – das kritische und kontroverse Gespräch ihrer Mitglieder nicht als Störung ihrer Geschlossenheit betrachten, sondern als Chance der Korrektur und Weiterentwicklung ihrer Konzeptionen. Das setzt Parteiführungen voraus, die Kritik nicht als Störung, sondern als produktive Herausforderung verstehen. Es setzt Parteimitglieder voraus, die die Tätigkeit ihrer Führungen ebenso kritisch wie loyal begleiten, damit sie in dem, was die Partei als ganze verantwortet, sich selbst noch wiedererkennen können. Sie müssen den Mut und die Fähigkeit entwickeln, kritische Vorstellungen zu Personen und Themen einzubringen, aber auch die Bereitschaft zur Solidarität mit den Grundsätzen der Partei. Dazu gehört die Loyalität gegenüber Entscheidungen, bei denen man selbst überstimmt worden ist, damit ein Mindestmaß erkennbaren politischen Gesamtwillens der eigenen Partei nach draußen gewahrt bleibt. Die Mitglieder der Partei sollen die Interessen und Überzeugungen aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld in die Parteigespräche einbringen und zugleich in ihren Gesprächen im eigenen Umfeld die Vorstellungen ihrer Partei erläutern.

Die offene Gesellschaft setzt Bürger voraus, die ihrer Umwelt offen begegnen:

- statt autoritätsgebunden sich den Entscheidungen der Mächtigen unterzuordnen, müssen sie eigenverantwortlich ihren Standpunkt zu den sie betreffenden Fragen finden und vertreten können;
- statt aus Angst und Bequemlichkeit an alten Überzeugungen ein Leben lang festzuhalten, müssen sie fähig sein, neue Erfahrungen zu verarbeiten, Veränderungen der Realität zu erkennen und zu beurteilen;
- statt die jeweils eigenen Überzeugungen schon deswegen für die allein sinnvollen und zulässigen zu halten, weil es die eigenen sind, müssen sie die Toleranz entwickeln, die bereit macht, die eigene Irrtumsfähigkeit einzusehen, entgegengesetzte Meinungen anzuhören und aus ihnen zu lernen. Dazu gehört die Fähigkeit, die eigenen Überzeugungen in dem Sinne offen zu halten, daß ihre prinzipielle Irrtumsmöglichkeit erkannt wird und damit zugleich die prinzipielle Möglichkeit des Rechts der anderen Meinung.

Diese Offenheit sollte auch die Art prägen, in der die Parteien miteinander reden und in der die Medien die grundlegenden Fragen der Zeit aufgreifen. Die Parteien dürfen sich nicht selbst in einen Zwang zu ständiger Rechthaberei bringen. Sie verfehlen sonst nicht nur die Chance, aus der von den anderen Parteien, Gruppen oder

Personen vorgetragene Kritik zu lernen, sondern auch ihre eigentliche Funktion in der offenen Gesellschaft: die des Seismographen und Organisators für neue Bedürfnisse, neue Ideen, für den Willen zum Wandel und zu neuen Lebensformen. Nur wenn sie diese Funktion erfüllen, können sie politische Überzeugungen in gestaltende Kraft umsetzen.

Die Art, wie die Parteien miteinander umgehen, entscheidet mit darüber, ob Politik für den Bürger als ein Ringen um die Macht für eine bessere Alternative erscheint, oder aber als ein abstraktes Spiel zwischen verfestigten Machtinteressen; ob sie den Eindruck haben können, daß ihr Engagement und ihre Impulse dort willkommen sind oder lediglich ihre Stimme für eine Politik, in die sie weiter nicht dreinreden sollen.

Nur wenn die Parteien durch ihr eigenes Verhalten dem Bürger die Gewißheit geben, daß seine Kritik gefragt und daß auch sein unbequemes Engagement erwünscht ist, werden sie einer Unterstützung auf Dauer sicher sein können. Und nur wenn im Umgang der Parteien miteinander ein Mindestmaß an Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft erkennbar bleibt, wird der Bürger den politischen Prozeß mit jener Anteilnahme verfolgen, die allein das offene Gespräch erzeugt.

Bürgernähe kann nicht bedeuten, daß Spitzenpolitiker sich leutselig zum Bürger herablassen, um ihm längst in der

Bürokratie vorgefertigte Konzepte nahezu bringen. Bürgernähe kann nicht heißen, daß die politisch Entscheidenden dem Bürger nahe kommen, sondern daß der Bürger erfährt, daß und wie er selbst an politischen Entscheidungen mitwirken kann. Bürgernähe der Politik meint nicht, daß Politiker sich noch besser in Selbstdarstellung vor dem Bürger üben. Bürgernähe der Politik meint, daß der Bürger ermutigt wird, näher an politische Entscheidungen heranzukommen, rechtzeitig mitzureden und die Chancen der Mitentscheidung zu nutzen.

Die drängenden Zukunftsfragen der Menschen dürfen daher nicht in technokratischer Überheblichkeit bagatellisiert und aus der politischen Debatte ausgeklammert werden. Nur wenn Parteien und Parlamentarier die in der Bevölkerung wachsende Sorge um die Zukunft unserer Gesellschaft aufgreifen und sich an der Diskussion um alternative Weisen des Lebens und Wirtschaftens mehr als bisher beteiligen, kann verhindert werden, daß sich mehr und mehr Menschen von den demokratischen Institutionen abwenden.

Die Parteien müssen einschen, daß sie sich selbst hoffnungslos überforderten, wollten sie ein Monopol auf die Wahrnehmung aller in der Demokratie anfallenden Tätigkeiten und Funktionen des Bürgers erheben. Es gibt Aufgaben, die ihnen vorbehalten sind. Sie allein können Mandatsträger für politische Führungsfunktionen heranbilden, präsentieren, in ihrer Arbeit

begleiten und kontrollieren. Sie haben Programme, in denen die Gesamtheit der politischen und gesellschaftlichen Fragen in einen Zusammenhang gestellt ist, zu erarbeiten und darzulegen.

Es gibt aber auch Aufgaben, die – zusätzlich zu den bereits tätigen freien Trägern – von Bürgerinitiativen ergänzend und korrigierend wahrgenommen werden können. Bürgerinitiativen können oft rascher, flexibler und direkter Aufgaben der Selbstorganisation im unmittelbaren Lebensbereich übernehmen. Sie können oft ungebundener, ohne verfrühte Rücksichtnahme, Alternativen formulieren und Aufmerksamkeit für Probleme wecken. Sie können auch durch die Überschaubarkeit ihrer Arbeitsform, durch die Unmittelbarkeit der Kontakte ihrer Mitglieder Menschen zum politischen Engagement veranlassen. Die Parteien sollten daher die Bürgerinitiativen als eine Bereicherung unserer Demokratie akzeptieren. Das bedeutet freilich auch, daß sie sich kritisch mit den Anliegen der Bürgerinitiativen auseinandersetzen und mit ihnen gegebenenfalls zusammenarbeiten.

Wer demokratische politische Kultur fördern will, muß insgesamt partizipative Tendenzen in unserer Gesellschaft unterstützen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept partizipativer Demokratie, das vor allem umfassen müßte:

– Unterstützung aller Bemühungen insbesondere der jüngeren Bürger, in ihren

persönlichen Beziehungen patriarchalische oder autoritäre Verhaltensweisen durch partnerschaftliche, kollegiale zu ersetzen;

– kritische Weiterentwicklung der Partizipationsansätze in Schule und Hochschule, in Betrieb, Kommune, Verwaltung und Medienbereich unter Berücksichtigung der positiven und negativen Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts; insbesondere substantielle Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes und Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an kommunalen Planungsprozessen;

– Öffnung und Belebung des Organisationslebens von Parteien und Gewerkschaften, so daß – vor allem jüngere – Bürger leichter Zugang zu den Aktivitäten dieser Organisation finden und motiviert werden; daran teilzunehmen;

– Ermutigung jeglicher Form des sozialen Engagements und der Selbsthilfe von Bürgern, damit sie sich nicht nur als Betreute, sondern als Mitgestalter des Sozialstaats erfahren;

– Ausbau der politischen Informationen des Bürgers in Schule, Fernsehen, öffentlichen Manifestationen – und insbesondere durch eine gehaltvollere parteipolitische und parlamentarische Auseinandersetzung, durch scharfe, auf Problemlösungen bezogene Sachdebatten;

– Systematischer Ausbau selbst- oder mitbestimmter Handlungsräume der ab-

hängig Beschäftigten in der Arbeitswelt: durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Arbeitsaufgabenerweiterung, Gleitzeit, Abbau unnötiger Hierarchien und andere Maßnahmen der Arbeitshumanisierung.

– Unterstützung der Emanzipationsbestrebungen der Frauen durch Verhaltensänderung der Männer in Familie, Haushalt, Beruf und Politik, durch Abbau rechtlicher, tariflicher und arbeitsorganisatorischer Benachteiligungen und durch Förderung der Eigeninitiativen von Frauen.

Eine Schlüsselrolle im politischen Prozeß der offenen Gesellschaft spielen die Medien. Nicht allein, weil durch sie bestimmt wird, welche Auswahl an Informationen dem Bürger zu welchem Zeitpunkt zur Verfügung steht, sondern mehr noch, weil der Stil, in dem sie Fragen aufgreifen, die Art, wie sie Themen in den Vordergrund stellen oder beiseite schieben, für die Mehrzahl der Bürger meinungsprägende Kraft gewinnen.

Daher ist politische Kultur immer auch Medienkultur. Die Medien haben die Chance, ohne Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen neue Themen ins Bewußtsein der Menschen zu bringen, neue Anregungen zur Diskussion zu stellen, auf Mißstände aufmerksam zu machen, Randgruppen der Vergessenheit zu entreißen, den Blick der Bürger zu weiten, auch für die Aufgaben in der Dritten Welt.

Sie haben die Chance, politische

Parteien durch Kritik und Anerkennung auf ihre wirklichen Funktionen hinzuweisen, fruchtbare Diskussionen innerhalb und zwischen den Parteien zu fördern. Polarisierungen auf ihre Echtheit und Notwendigkeit zu untersuchen.

Sie können, zumal wenn sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen, politische Kultur fördern und politische Unkultur beim Namen nennen. Sie können die Offenheit, die sie von anderen erwarten, selbst demonstrieren.

Es wäre ungerecht, wollte man verkennen, daß viele, die in den Medien tätig sind, solche Chancen nutzen. Dabei gehen sie gelegentlich Risiken ein, die denen des Politikers nicht nachstehen.

Eine lebensfähige politische Kultur ist jedoch darauf angewiesen, daß die Medien ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen und den Versuchungen der Simplifizierung, der Personalisierung oder Ideologisierung besser als bisher widerstehen.

Politische Kultur muß sich in Menschen verkörpern, die sich der Politik verschrieben haben. Die Überforderung, von der die Rede war, ändert nichts daran, daß der politisch Tätige, besonders der Spitzenpolitiker, mit Maßstäben gemessen werden muß, die der Bürger für sich selbst oft nicht gelten läßt.

Wer ein politisches Mandat ausübt, wird zwar nie alle Erwartungen erfüllen

können, die an ihn gestellt werden. Entscheidend ist, daß er die Erwartung der Glaubwürdigkeit erfüllen kann; Glaubwürdigkeit entsteht, wenn der Mandatsträger – bei aller Loyalität zu seiner Partei – Risiken für seine Position und seine Karriere in Kauf zu nehmen bereit ist, wenn er zu seinem Wort steht, wo es unbequem ist, wenn er wenigstens versucht, sein persönliches Verhalten mit seinen politischen Forderungen in Einklang zu bringen, wenn er seine eigenen Grenzen erkennt und sie auch den Bürgern nicht verschweigt, wenn er in der Lage ist, Irrtum einzugestehen und die Distanz zur eigenen Person zu finden, die Selbstironie und Humor ermöglicht.

Es ist das Recht des Bürgers, sich nicht nur an Programme zu halten, sondern auch an die Personen, die diese Programme verkörpern sollen. Die meisten Bürger suchen keine Übermenschen, sondern Menschen, die nicht mehr aus sich machen, als sie sind. Zu einer politischen Kultur gehören Mandatsträger, die dem Bürger glaubwürdig erscheinen, weil sie auch im politischen Getriebe ihre menschliche Identität bewahren können.

Zu einem Problem politischer Kultur wird die Rolle des Abgeordneten. In seiner Rollenstruktur sind nach und nach Veränderungen eingetreten, die von den Wählern, ja selbst von den Mitgliedern der eigenen Partei, nicht mehr durchschaut und nicht verstanden werden; das führt zur Entfremdung zwischen Mandatsträgern

und den Wählern. Zu viele klassische Pflichten – Gesetzgebung, Regierungsbildung, Haushalt, Kontrolle – werden an Gremien und Hierarchien delegiert oder von diesen in Anspruch genommen; die politische Teilhabe des Mandatsträgers reduziert sich oft auf die Teilnahme an der Information. Die Meinungs- und Willensbildung des einzelnen Abgeordneten ist in hohem Maße fremdbestimmt, was nicht selten einen Bruch zwischen seiner Agitation und seiner eigenen Überzeugung zur Folge hat. Die Bürgerinnen und Bürger merken das und reagieren entsprechend. Dies wiederum kann für manche Abgeordnete Anlaß sein, zu Karrierismus und bloßer Anpassung Zuflucht zu nehmen. Die Veränderungen in der Rollenstruktur der Mandatsträger bedürfen daher starker Aufmerksamkeit.

Ziel und Weg

Das Godesberger Programm der SPD stellt der politischen Gestaltung die folgende Aufgabe und setzt ihr folgendes Ziel: „Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum *Kulturstaat* werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.“ Alle Bereiche der Politik sind demnach in dem Maß Ausdruck der Kultur eines Volkes und zielen in dem Maß auf den Kulturstaat, in dem sie sich zum Ganzen eines Lebenszusammenhangs fügen, der die Personwürde aller in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zur Geltung bringt. Politik muß sich selbst als Aspekt einer Gesamtkultur verstehen und ausweisen. Kulturelles Wachstum hängt nicht von materiellem Wachstum ab.

Die Pflege der politischen Kultur ist gemeinsame Aufgabe aller Demokraten. Die Sozialdemokratische Partei, die sich seit je als eine Kulturbewegung verstanden hat, ist mit besonderer Dringlichkeit aufgefordert, die demokratische politische Kultur zu sichern, zu mehren und zu gestalten.

Mitglieder der Kommission Grundwerte

Vorsitzender:

Dr. Erhard Eppler, MdL

Stellv. Vorsitzende:

Prof. Dr. Richard Löwenthal

Heinz Rapp, MdB

Mitglieder:

Prof. Dr. Günter Brakelmann

Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB

Prof. Dr. Iring Fetscher

Volker Jung

Dr. Thomas Meyer

Dr. Susanne Miller

Prof. Dr. Gesine Schwan

Prof. Dr. Johano Strasser

Prof. Dr. Fritz Vilmar

Bundesminister

Dr. Hans-Jochen Vogel, MdB



„Carlo blieb uns ein wech-
samer, ein kritischer Begleiter. Er
wollte, daß uns der Blick frei bleibe
für das Wesentliche: Er erinnerte
uns daran, unachgiebig, daß Poli-
tik geistige und moralische Ent-
scheidungen verlangt und nicht
nur Vollzug des materiell oder fak-
tisch für notwendig Gehaltener
sein darf. Er mahnte uns, durch
sein Dasein – so erfuhr ich es noch
vor wenigen Monaten bei ihm in
La Croix Valmer –, daß die Qua-
lität unseres Staates rasch genug
zum Teufel geht, wenn wir gegen
die geistigen und moralischen
Impulse stumpf werden.“

Ansprache des SPD-
Parteivorsitzenden Willy Brandt
anlässlich des Staatsbesuchs zu Ehren
von Prof. Carlo Schmid

SPD